EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

6.3.2006 PE 370.204v02-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-12

Entwurf einer Stellungnahme **(PE 360.352v01-00)**
Johannes Blokland
Transatlantische Beziehungen
(KOM(2005)0196 – 2005/2056(INI))

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 1
Ziffer 1

1 erinnert daran, dass im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Personen (Visabefreiung für Reisende) zehn Mitgliedstaaten die Anwendung einer Gegenseitigkeitsklausel gefordert haben, da für ihre Staatsangehörigen die Visumpflicht gilt; fordert, dass die Gespräche zwischen der EU und den USA ***auf einer stärker ergebnisorientierten Grundlage*** fortgeführt werden, um dieses Problem für die Mitgliedstaaten, für die das „Visa Waiver Programme“ (Programm zur Aufhebung der Visumpflicht) nicht gilt, zu lösen;

Or. en

Änderungsantrag von Antonio Masip Hidalgo und Javier Moreno Sánchez

Änderungsantrag 2
Ziffer 1 a (neu)

1a. ***fordert die USA unter Hinweis auf ihr Engagement für die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit auf, diese Grundsätze zu wahren und mit der EU zusammenzuarbeiten, um im Einklang mit den Zielen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu entwickeln und zu vertiefen, den***

Frieden zu sichern, die internationale Sicherheit zu stärken und die internationale Zusammenarbeit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 3
Ziffer 2

2. fordert die USA auf, bei der Entwicklung ihrer eigenen Rechtsvorschriften und Politiken der gesetzlichen Entwicklung in der EU Rechnung zu tragen; erinnert daran, dass beispielsweise die ***Erteilung von Visa für Kurzaufenthalte*** heute in erster Linie in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fällt; weist die USA auf die Petition Nr. 413/2005 hin, in der dazu aufgefordert wird, die Einwanderungsgesetze der USA so zu interpretieren, dass sie den gesetzlichen Entwicklungen in der EU Rechnung tragen, damit die Berufstätigkeit in jedem Mitgliedstaat, was J-1-Visa betrifft, unter das so genannte „Home residency requirement" fällt;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 4
Ziffer 2

2. fordert die USA auf, bei der Entwicklung ihrer eigenen Rechtsvorschriften und Politiken der gesetzlichen Entwicklung in der EU Rechnung zu tragen; ***verweist darauf, dass der Bereich Visa künftig in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fällt und dass die USA entsprechende Fragen deshalb insbesondere mit der Kommission und nicht mit den verschiedenen Konsulaten der Mitgliedstaaten erörtern müssen, was in der vorliegenden Fassung des gemeinsamen Arbeitsprogramms EU-USA von November 2005 in Punkt 5.1 anscheinend noch nicht berücksichtigt wurde, dass also ein bilateraler Verhandlungsrahmen nicht der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und der Union entspricht und unsere Partner deshalb darauf hingewiesen werden sollten, dass die konkreten Regeln für die Verhandlungen eingehalten werden müssen, da diese im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche des ersten Pfeilers stattfinden;*** weist die USA auf die Petition Nr. 413/2005 hin, in der dazu aufgefordert wird, die Einwanderungsgesetze der USA so zu interpretieren, dass sie den gesetzlichen Entwicklungen in der EU Rechnung tragen, damit die Berufstätigkeit in jedem Mitgliedstaat, was J-1-Visa betrifft, unter das so genannte „Home residency requirement" fällt;

Or. fr

Änderungsantrag von Bogusław Sonik

Änderungsantrag 5
Ziffer 2 a (neu)

2a. weist darauf hin, dass die Visapolitik der USA mit Blick auf die aktuelle sozialpolitische Situation der Europäischen Union neugestaltet werden muss, nachdem der Markt der Union um zehn Mitgliedstaaten gewachsen ist und die Umsetzung des Schengen-Systems ständig vertieft wird, und dass in diesem Zusammenhang die Begründung für die Andersbehandlung der Bürger dieser Staaten entfällt;

Or. pl

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 6
Ziffer 4

4. vertritt die Auffassung, dass die „Trusted Person"-Initiative eine freiwillige Initiative ist; stellt jedoch fest, dass sie für die EU Probleme im Zusammenhang mit dem Datenschutz aufwerfen könnte, besonders für EU-Staatsangehörige, die als Geschäftsleute oder Touristen in die USA einreisen; ***ist darüber hinaus der Auffassung, dass die Erstellung einer Datei der Personen, denen Erleichterungen bei der Einreise in das Gebiet der Gemeinschaft bzw. in das der USA gewährt werden, auch die Gefahr der Behinderung des freien Personenverkehrs birgt und dies im Hinblick auf die Rechte der anderen Bürger Probleme aufwirft, die nicht diesen privilegierten Status besitzen, der höchstwahrscheinlich nur einem begrenzten Personenkreis gewährt wird;***

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 7
Ziffer 5

5. betont die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zugunsten einer Initiative für die Sicherheit der Grenzen, um speziell die Vernetzung von Behörden für Grenzsicherheit und den Austausch über und die konkrete Anwendung von wirksamen Enforcement-Maßnahmen an den Grenzen und von Informationen ***(Streichung)*** zu fördern, verwertbare Erfahrungen zu gewinnen und weiter zu geben und messbare Ergebnisse bei der Bekämpfung der Fälschungskriminalität durch Enforcement-Maßnahmen zu erzielen;

Or. fr

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 8
Ziffer 8 a (neu)

8a. fordert die USA auf, effiziente Verfahren einzuführen, damit Personen die Aufnahme ihres Namens auf die von den USA erstellte Liste der Terrorverdächtigen anfechten und die Streichung ihres Namens von dieser Liste veranlassen können, wenn ihre Unschuld bewiesen ist, und dafür zu sorgen, dass denjenigen, die denselben (oder einen ähnlichen) Namen wie Personen auf der Liste tragen, keine Nachteile daraus erwachsen;

Or. en

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 9
Ziffer 10

10. fordert eine operationelle Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus ***auf der Grundlage der Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit*** (insbesondere bei der Erstellung gemeinsamer Fahndungslisten), der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und der Korruption sowie beim Austausch von DNA-Daten über Interpol und in den Bereichen Netzsicherheit und Computerkriminalität, einschließlich Fragen betreffend die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft und des Schutzes sensibler Informationsinfrastruktur, die Nutzung des Internet durch Terroristen, die missbräuchliche Nutzung personenbezogener Daten („Identity theft"), die Zulässigkeit von elektronischem Beweismaterial und die Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet.

Or. nl

Änderungsantrag von Martine Roure

Änderungsantrag 10
Ziffer 10

10. fordert eine operationelle Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus (insbesondere bei der Erstellung gemeinsamer Fahndungslisten), der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und der Korruption sowie beim Austausch von DNA-Daten über ***Europol*** und in den Bereichen Netzsicherheit und Computerkriminalität, einschließlich Fragen betreffend die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft und des Schutzes sensibler Informationsinfrastruktur, die Nutzung des Internet durch Terroristen, die missbräuchliche Nutzung personenbezogener Daten („Identity theft"), die Zulässigkeit von elektronischem

Beweismaterial und die Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet.

Or. fr

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 11
Ziffer 10 a (neu)

10a. verweist jedoch darauf, dass jegliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA stets unter vollständiger Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf ein faires Verfahren, erfolgen sollte und dass vor jeglicher Auslieferung an die USA Garantien von den USA eingeholt werden sollten, dass die betreffende Person nicht zum Tode verurteilt wird;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 12
Ziffer 10 b (neu)

10b. fordert die transatlantischen Partner auf, bei der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit die Grundsätze der Gegenseitigkeit zu respektieren.

Or. en